

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt Wk

Berscheid täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinz Brandenburg...

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin SW. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Alliierten bleiben hart!

Die neuen Verhandlungen in Versailles.

Die deutschen Delegierten in Versailles teilen, nach einem Bericht der 'Germania', mit, daß die von ihnen aufgenommenen Verhandlungen wegen der Durchführung der Friedensbedingungen von den Alliierten in durchaus entgegenkommenden Formen geführt werden, doch sachlich aber an der kritischen Durchführung der unterschiedlichen Bedingungen festgehalten wird.

Die Entente hat der deutschen Regierung erklärt, daß die deutsche Regierung mit allem Nachdruck, nichtgenügend mit Zwangsmassnahmen, dafür zu sorgen habe, daß das deutsche Volk arbeitslos und dadurch die Durchführung der Friedensbedingungen ermöglichte.

Der Protest der französischen Sozialisten.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei in Frankreich hat sich, wie wir im Abendblatt mitteilten, mit erdrückender Mehrheit gegen den Friedensvertrag ausgesprochen. Über den Verlauf der interessanten Sitzung liegt folgender Bericht vor:

Der Nationalrat der sozialistischen Partei beendete gestern Abend die Debatte über den Friedensvertrag. Albert Thomas wurde akzeptiert, doch Zweifelhaft nicht sofort in den Vorkämpfer aufgenommen worden. Der Nationalrat beschloß alsbald zuerst im allgemeinen abzukommen und sich schließlich auf eine Tagesordnung festzusetzen. Es stimmten deshalb 1420 gegen den Friedensvertrag, 114 enthielten sich der Stimmabgabe und 387 weigerten sich abzukommen.

Die Aufhebung der Blockade.

Das Paris wird gemeldet: Die französische Presse berichtet, daß durch die totale Aufhebung der Blockade gegen Deutschland die handelspolitischen Interessen Frankreichs in Deutschland fortgeführt werden. So schreibt Comité Brinde im 'Journal': Durch die überraschende Aufhebung der Blockade gegen Deutschland wird Frankreich durch England und Mexiko überflügelt werden, die heute hierfür...

besser gerüstet sind als Frankreich. 'Le Matin' schreibt: Es scheint, daß die Aufhebung der Blockade unter dem Druck der Alliierten beschlossen wurde. England wartet schon seit einiger Zeit mit großer Ungeduld auf die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu dem Zentralkontinent.

Der pommerische Landarbeiterstreik.

Cerroritten am Werke. Berlin, 15. Juli. (P. A. N.) Zu dem Landarbeiterstreik im Kreise Stralsund erklären die 'P. A. N.', daß die Streikenden zum Teil durch wilden Terror zur Arbeitsunterbrechung gezwungen werden. Es sollen Trupps von 8 bis 20 und 30 Mann, mit Knütteln bewaffnet, die einzelnen Gutsbesitzer aufsuchen und die Arbeitswilligen bewahren. Für die erforderliche Abhilfe wird Sorge getragen werden. Leider scheint es nicht ausgeschlossen, daß der Landarbeiterstreik im Kreise nach einzelnen Nachbarn bezirkelt werden könnte. So ist zum Beispiel in der Provinz Pommern zu sein. Von hier aus wird immer wieder versucht, die Landarbeiter der Umgegend in Streik hineinzuziehen. Obgleich die Organisationen gegen den Streik sind, finden sich doch Leute, die sich verhehlen lassen. Es bleibt indes zu hoffen, daß die Arbeitswilligen die Durchhand behalten.

Die Bewegung in Ostpreußen beendet.

Aus Wohnungen in Ostpreußen erfahren wir: Der Streik ist erledigt; er hat etwa acht Tage gedauert und erstreckte sich auf etwa 70 Ortschaften. Die Arbeiter waren größtenteils arbeitslos und wurden nur durch wenige Aufträge besetzt. Nachdem Ende voriger Woche Militär eingetroffen ist und den Schutz der Arbeitswilligen übernommen hat, ist der Streik bis auf sechs bis sieben Ortschaften mit einem Rest von etwa 2000 Mann beendet. Die Forderungen waren in den verschiedenen Ortschaften ganz verschiedener Natur. Zum Beispiel wurden in einzelnen der Streik damit motiviert, daß zu viel Militärlieferanten vorhanden seien. Es wurde eine Zuerungsbilligung gefordert während der Genesungsperiode. Ueber die Forderungen wird zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmerorganisationen in Königsberg noch verhandelt. Von Ort zu Ort zogen Trupps, die die Arbeiter in den einzelnen Orten zwangen, die Arbeit niederzulassen und in den Streik zu treten. Es ist in einzelnen Fällen auch zu Ausschreitungen gekommen, indem die Jungen, die sich dem Streik nicht anschließen wollten, verprügelt worden sind. In einzelne Gutsbesitzer wurde eingedrungen und Vorräte dabei entwendet.

Der Strafantrag gegen Toller.

7 Jahre Festung. München, 15. Juli. (Trib.) Die Zeugenvernehmungen, die sich gestern bis in die späten Abendstunden hinein hinzogen, ergaben für den Angeklagten Toller wieder ein schlüssiges Bild. Der Staatsanwalt behauptete, unter Zustimmung mit der Anklage, eine Festungstrafe von sieben Jahren.

Die Unterjochung der Januar-Unruhen.

Austritt der Unabhängigen aus dem Ausschuss. Wie die 'P. A. N.' hören, hat die fraction der Unabhängigen Sozialdemokraten in der Reichstagsversammlung beschlossen, ihre Vertreter aus dem Ausschuss zurückzuführen. Der Ausschuss hat am 15. Juli 1919 zurückzuführen und sich an den Arbeiten des Ausschusses nicht weiter zu beteiligen. Als Vorwand für diesen Entschluß soll sie anführen, daß einige Jungen zu den Januarereignissen vernommen werden sollen, die nach den Angaben des Reichstagsausschusses von der Darstellung sicheres fest abweichende Angaben machen werden, ohne daß sich Horn bei diesen Vernehmungen äußern können.

Abtötung des Adels - Prostitution - Gleichstellung der Frau.

Die Beratung der Grundrechte in der Nationalversammlung. Weimar, 15. Juli. (Eigener Zuschrift.) Nachdem der Reichstag zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie beigestimmt hat, hat sich die Nationalversammlung heute an die Beratung der Grundrechte begeben, in denen ja das schwarze Schulprogramm eingeschlossen ist. Was man alles unter dem Sammelnamen 'Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen' verstehen kann, davon legt die Beratung der ersten Artikel Zeugnis ab. Zunächst befinden sich noch lebhaft Zweifel, daß die Grundrechte nun auch in allen ihren Teilen etwas Rechtsverbindliches für die ganze bestehende Gesetzgebung sind. Die Frage soll noch nicht entschieden, sondern erst in der dritten Lesung geklärt werden. Heute beschloß man sich mit dem Grundrecht der Gleichstellung der Frau. Dazu wurde von der Sozialdemokratie die Abschaffung des Adels verlangt. Da bereits in den Ausschussbeschlüssen festgelegt ist, daß alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind und keinerlei Vorrechte bestehen dürfen, so ist der Antrag auf Abschaffung des Adels eigentlich überflüssig. Der abgelehnte Antrag ist ein Familienname, wie jeder andere Name, und wenn es heute noch macht, daß Weibchen 'von' vor ihrem Namen zu setzen, der kann es tun. Dennoch entpuppt sich um diese Frage ein ausgebreiteter Kampfsfeld. Dem Präsidenten auf hohen Stufen trübten sich die Haare. Die Redezeit wollte kein Ende nehmen. Herr Lehmann ließ sich infolgedessen wiederholt zu eindrucksvollen Mahnungen hinsetzen, die nicht mehr ganz der Wirklichkeit entsprachen. Von wesentlich anderer Bedeutung war schon die grundlegende Gleichstellung von Mann und Frau. In namentlicher Abstimmung wurde der weitestgehende Antrag der Sozialdemokraten über die Gleichstellung von Mann und Frau bei 211 Stimmen angenommen mit 143 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Der Antrag auf Gleichstellung...

„Mit ihnen Karben...“

Ein notwendiges Wort.

K. V. In den 'nationalen' Mänteln finden sich seit einiger Zeit Kriegerangelegenheiten der Regimenter der ehemaligen Armee, die 'Ghrentafel' übergraben sind und die Namen der vor dem Feinde gefallenen Angehörigen der Truppe mitteilen. Gegen diese Form des Danks an die Toten und des Hinweis auf die Lebewenden wäre nicht einzuwenden, wenn nicht in allen Fällen nur die Namen der toten Offiziere genannt werden und nicht die Namen der toten Soldaten. In der Reihe der unten vorliegenden 'Ghrentafeln' ist in feiner einziger der Name eines Nichtoffiziers angegeben worden, vielmehr findet sich hinter den Namen der Offiziere nur immer wieder der nächste Satz: 'Mit ihnen Karben mehr als...'. Unteroffiziere und Mannschaften. Diese Form der Klassifizierung, diese Trennung zwischen dem 'Herrn' und dem 'Mann' noch im Tode, müßte jedem Menschen verlegen. Da die Verfasser der 'Ghrentafeln' es aber nicht merken und die Schriftstellungen der 'Täglichen Rundschau', der 'Deutschen Tageszeitung', der 'Welt' und der 'Deutschen Zeitung' dafür, anheimelnd, auch kein Gefühl besitzen, müssen wir es ihnen sagen. Wir fragen nicht danach, ob es Staatsgelder sind, die für diese Veröffentlichungen zu Tausenden veranschlagt werden, aber wir fragen die Verfasser sowohl als auch die Verbreiter, ob sie denn gar nicht ein Atom von Gerechtigkeitsempfinden in der Brust tragen. Wenn die Namen und Titel von fünfzig Offizieren genannt werden und hinterher gesagt wird, daß 'mit ihnen 3500 oder 4000 Leute' gestorben sind, dann ist das eine Unanständigkeit gegen diese Toten und ein Schlag ins Gesicht für die hinterlassenen und die Angehörigen der Gefallenen. Müßten schon 'Ghrentafeln' gedruckt werden, dann nennt entweder die Namen aller Gefallenen oder gar keine! Der Offizier ist eben nur einmal gestorben wie der gemeine Soldat; oder unterirdisch man geht nach einem Tod erster, zweiter und dritter Klasse? Die Musketiere, Grenadiere, Unteroffiziere, Landsturmleute und Schiffer sind nicht mit irgendeinem 'ihnen' gestorben. Wir meinen, daß alle für ein Ziel, für einen Zweck, in einem Tode hingeopfert worden sind. Wir unterlassen es, die Bitterkeit auszudrücken, die sich, angefaßt dieser unzulässigen Ausdrucksformen, Hunderttausenden aufgetragen hat, die sich mehr als einmal fragten, ob Biertrinken 'mit' fünfzig oder hundert gestorben sind, oder ob es umgekehrt zu sagen richtiger sein würde. Soll die aus dem brutalen Kriegesleben in jedem Menschen (nicht nur den Mittelfreien) noch nachdrückliche Erregung bald einer Beruhigung weichen, dann unterläßt es, an den armen gefallenen Brüdern noch nach Häßlichkeiten, Tressen und den Rüdpen herumzuschauen!

Abtötung des Adels - Prostitution - Gleichstellung der Frau.

Die Beratung der Grundrechte in der Nationalversammlung. Weimar, 15. Juli. (Eigener Zuschrift.) Nachdem der Reichstag zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie beigestimmt hat, hat sich die Nationalversammlung heute an die Beratung der Grundrechte begeben, in denen ja das schwarze Schulprogramm eingeschlossen ist. Was man alles unter dem Sammelnamen 'Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen' verstehen kann, davon legt die Beratung der ersten Artikel Zeugnis ab. Zunächst befinden sich noch lebhaft Zweifel, daß die Grundrechte nun auch in allen ihren Teilen etwas Rechtsverbindliches für die ganze bestehende Gesetzgebung sind. Die Frage soll noch nicht entschieden, sondern erst in der dritten Lesung geklärt werden. Heute beschloß man sich mit dem Grundrecht der Gleichstellung der Frau. Dazu wurde von der Sozialdemokratie die Abschaffung des Adels verlangt. Da bereits in den Ausschussbeschlüssen festgelegt ist, daß alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind und keinerlei Vorrechte bestehen dürfen, so ist der Antrag auf Abschaffung des Adels eigentlich überflüssig. Der abgelehnte Antrag ist ein Familienname, wie jeder andere Name, und wenn es heute noch macht, daß Weibchen 'von' vor ihrem Namen zu setzen, der kann es tun. Dennoch entpuppt sich um diese Frage ein ausgebreiteter Kampfsfeld. Dem Präsidenten auf hohen Stufen trübten sich die Haare. Die Redezeit wollte kein Ende nehmen. Herr Lehmann ließ sich infolgedessen wiederholt zu eindrucksvollen Mahnungen hinsetzen, die nicht mehr ganz der Wirklichkeit entsprachen. Von wesentlich anderer Bedeutung war schon die grundlegende Gleichstellung von Mann und Frau. In namentlicher Abstimmung wurde der weitestgehende Antrag der Sozialdemokraten über die Gleichstellung von Mann und Frau bei 211 Stimmen angenommen mit 143 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Der Antrag auf Gleichstellung...

Von Männern und Frauen hier bei 3 Stimmenthalungen mit 144 gegen 128 Stimmen. Zum Artikel 109, der von dem Schutze der fremdsprachlichen Poststellen handelt, gab Ministerpräsident Bauer die Erklärung ab, daß die Regierung alles tun wird, um denjenigen Staatsbürgern, die jetzt Reichsbeamter sind, einen Ersatz zu verschaffen. Der Artikel 118, in dem die persönliche Freiheit festgelegt wird, wurde von den unabhängigen Sozialdemokraten für einen Zusatzantrag ausser Acht, durch den Bestimmungen gegen die Prostitution abgeschafft werden sollten. Frau Siegel begründete dies eingehend; aber Präsident Fischerbach fuhr auch wiederholt mit der Rede fort, Reichsbeamter, Dr. Bruch war nicht mit Unrecht darauf hin, daß es nicht angehe, die freie Person in der Verfassung zu regeln. Als Votum dagegen ist davon nicht eine Abänderung der Forderung, sondern nur der Ausdruck dafür, daß man die Angelegenheit einer Regelung durch Gesetz vorbehalten wolle. Der unabhängige Antrag wurde schließlich unter ziemlichem Zurufe abgelehnt und die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Schluss des Stühungsberichts.

Artikel 109 (Staatsangehörigkeit) wird unbeschadet angenommen, unter Abänderung eines Wortes (Agent (Zeitschrift)), wonach die Ausübung politischer Rechte für das eingetragene Land von dem Besitz der Staatsangehörigkeit abhängig gemacht werden sollte. Abgelehnt wurde auch der Antrag Schenkens (109), wonach eine Devisenbank mit einem Ausländer beauftragt sein sollte, ihre Staatsangehörigkeit beizubehalten. **Abg. Wilmann** (Zeitschrift) richtete einen Appell an die Reichsversammlung, für welche die Bürger der deutschen Staatsangehörigen in jeder Weise zu erleichtern. Artikel 110 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen.

Ministerpräsident **Bauer** hat dann erklärt, daß die Regierung, obwohl ein Verzicht der Reichsversammlung nicht erfolgt ist, nach möglichem die Ausführung der Reichsversammlung zu beschleunigen möchte. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 112 (Einleitung des Reichs) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 113 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 114 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 115 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 116 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 117 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 118 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 119 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 120 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 121 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Artikel 122 (Hörschuldigkeit im ganzen) wird angenommen. Die Reichsversammlung wird sich jedoch wie möglich mit dieser Angelegenheit befassen und über entsprechende Maßnahmen beschließen. (Schluß.)

Um die Erneuerung Preußens.

Die Aussprache über den Etat des Ministeriums des Innern.

Nach Erledigung mehrerer kleiner Anfragen wendete sich die preussische Landesversammlung in ihrer gestrigen Sitzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern zu. Ministerpräsident Bauer forderte die Unabhängigkeit der Verwaltung. Die Reichsversammlung forderte die Unabhängigkeit der Verwaltung. Die Reichsversammlung forderte die Unabhängigkeit der Verwaltung.

angeboten haben, ist nicht zu betreten, ebensowenig aber auch, daß sie dem Vergleich mit dem Votum von heute noch ausbleiben können. Dem Ministerpräsidenten Bauer ist es gelungen, die Reichsversammlung zu überzeugen, daß die Reichsversammlung die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen wird. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Abg. Schenkens (Soz.) hat die große Verwaltungsdirektion des Ministeriums als erste Aufgabe, die die Reichsversammlung zu erledigen hat, bezeichnet. Die Reichsversammlung wird die Unabhängigkeit der Verwaltung nicht anerkennen.

Annahme der Vordersteuer im Ausschuss.

Berlin, 15. Juli. (Eigenes Drahtbericht.) Der Ausschuss für die indirekten Steuern hat heute die Höhe für die Vordersteuer über den Regierungsentwurf hinaus festgesetzt. Die Vordersteuer wird auf 10 Prozent festgesetzt. Die Vordersteuer wird auf 10 Prozent festgesetzt.

Die Auflösung des Schützenkorps.

Ein dunkles Kapitel. Gegenüber den von uns wiedergegebenen Behauptungen der 'Preussischen Tageszeitung' zur Geschichte der Auflösung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps (siehe das Reichswehrgruppennummer 1) unter anderem: Die Unteroffiziere des Garde-Kavallerie-Schützenkorps sind in der Regel die besten Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützenkorps. Die Unteroffiziere des Garde-Kavallerie-Schützenkorps sind in der Regel die besten Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützenkorps.

Das Schul-Kompromiß.

Bedenken und Mängel. **Berlin, 15. Juli.** (Eigenes Drahtbericht.) Das Schul-Kompromiß hat viele Bedenken und Mängel. Das Schul-Kompromiß hat viele Bedenken und Mängel. Das Schul-Kompromiß hat viele Bedenken und Mängel.

Die Spitze.

Die Regierung darf nicht dulden. Die Regierung darf nicht dulden. Die Regierung darf nicht dulden.

Verkauf

Verkauf von...
Verkauf von...
Verkauf von...

Verloren

Verloren...
Verloren...
Verloren...

Rechtssachen

Rechtssachen...
Rechtssachen...
Rechtssachen...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Goldverkauf

Goldverkauf...
Goldverkauf...
Goldverkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Männliche Personen

Männliche Personen...
Männliche Personen...
Männliche Personen...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

Verkauf

Verkauf...
Verkauf...
Verkauf...

